



## Niederschrift

### zur 19. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Lippstadt am 21.05.2012

Sitzungsraum: Rathausaal, Lange Straße 14, 59555 Lippstadt  
Beginn: 18:00 Uhr  
Ende: 19:15 Uhr

#### Anwesend waren:

##### **Vorsitzender**

Herr Bürgermeister Christof Sommer      Vorsitzender

##### **CDU-Fraktion**

Herr Wilhelm Börskens      ordentliches Mitglied  
Herr Werner Bresser      ordentliches Mitglied  
Herr Jan Walter Hammer      ordentliches Mitglied  
Herr Gunter Gerd Köhler      ordentliches Mitglied  
Herr Klaus Laufkötter      ordentliches Mitglied

##### **SPD-Fraktion**

Herr Otto Brand      ordentliches Mitglied  
Frau Sabine Pfeffer      ordentliches Mitglied  
Herr Martin Schulz      ordentliches Mitglied  
Frau MdL Marlies Stotz      ordentliches Mitglied  
Frau Gabriele Oelze-Krähling      stellv. Mitglied

##### **FDP-Fraktion**

Herr Wilhelm Glarmin      stellv. Mitglied  
Frau Dr. Gabriela Jonas-Ahrend      stellv. Mitglied

##### **BG-Fraktion**

Herr Hans-Dieter Marche      ordentliches Mitglied  
Herr Werner Langer      stellv. Mitglied

##### **Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Frau Ursula Jasperneite-Bröckelmann      stellv. Mitglied

##### **Fraktion Christdemokraten Lippstadt**

Herr Christian Prahll      stellv. Mitglied

##### **Fraktion DIE LINKE**

Herr Michael Bruns      ordentliches Mitglied

## **Verwaltung**

Herr 1. Beigeordneter und Stadtkämmerer Rainer Strotmeier  
Herr Joachim Elliger  
Herr Walter Böhle  
Frau Julia Scharte Pressesprecherin  
Frau Birgit Rubart Schriftführerin  
Herr Wilfried Meschede  
Herr Heinrich Horstmann  
Herr Manfred Strieth  
Herr Dietmar Fleige  
Herr Klaus Weber

bis TOP 15  
bis TOP 15

## **In öffentlicher Sitzung**

Herr Sommer eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde und Beschlussfähigkeit vorliegt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Frau Jasperneite-Bröckelmann den Antrag zur Geschäftsordnung, den Tagesordnungspunkt 16 in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Gleichzeitig beantragt sie eine namentliche Abstimmung.

Herr Sommer weist auf den schriftlich vorliegenden Antrag der BG-Fraktion hin, der ein anderes Verfahren empfiehlt.

An der sich anschließenden Diskussion nehmen die Herren Marche, Bresser, Schulz, Glarmin, Bruns und Prahl teil. Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird von den Herren Bruns und Prahl unterstützt.

Bei der anschließenden Abstimmung wird der Antrag zur Geschäftsordnung, den Tagesordnungspunkt 16 in öffentlicher Sitzung zu beraten, mit Stimmenmehrheit bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt. Es erfolgt folgende Stimmabgabe:

Börskens, Wilhelm	Nein
Brand, Otto	Nein
Bresser, Werner	Nein
Bruns, Michael	Ja
Glarmin, Wilhelm	Nein
Hammer, Jan Walter	Nein
Jasperneite-Bröckelmann, Ursula	Ja
Dr. Jonas-Ahrend, Gabriela	Nein
Köhler, Gunter Gerd	Nein
Langer, Werner	Nein
Laufkötter, Klaus	Nein
Marche, Hans-Dieter	Nein
Oelze-Krähling, Gabriele	Nein
Pfeffer, Sabine	Nein
Prahl, Christian	Ja
Schulz, Martin	Nein
Sommer, Christof	Enthaltung
Stotz, Marlies	Nein

## 1. Fragestunde für Einwohner

Herr Albert Bertling fragt nach, ob die Fraktionen garantieren könnten, dass es im Hinblick auf die weitere Beratung zum Schuldenportfoliomanagement nicht zu weiteren Verschiebungen von Sitzungen kommen werde. Herr Sommer führt dazu aus, dass ein klares Verfahren vereinbart wurde und er davon ausgeht, dass dieses Verfahren eingehalten werde. Auf seine Frage gibt es aus den Reihen der Fraktionen keine gegenteiligen Aussagen.

## 2. Ausbau der Straßen Distelkamp in Hörste und Osterfeldweg in Mettinghausen

129/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt unter Bezugnahme auf die Vorlage, dem Rat zu empfehlen:

1. Für den endgültigen Ausbau der Straße Distelkamp in Hörste werden bei dem Auftragskonto (ASK) S 10000181-7852111 außerplanmäßig 117.000 € bereitgestellt.  
Die Deckung erfolgt durch
  - a) Erschließungsbeiträge in Höhe von 94.000 €  
bei S 10000181-6881111
  - b) Einsparungen in Höhe von 23.000 €  
durch Zurückstellung des Ausbaus der  
Straße Osterfeldweg in Mettinghausen  
Bei S 10000064-7852111.
2. Der Ausbau der Straße Osterfeldweg in Mettinghausen wird zunächst zurückgestellt. Über eine erneute Veranschlagung der Maßnahme soll im Rahmen der Haushaltsplanung für das Jahr 2013 entschieden werden.

Einstimmig zugestimmt

## 3. Schulden-Portfolio-Beratung hier: mündlicher Sachstandsbericht

159/2012

Herr Sommer gibt einen kurzen Überblick über den aktuellen Sachstand. Am 07.05.2012 fand eine Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses statt, in der viele Fragen intensiv diskutiert wurden. Vertretern der WRG sei Gelegenheit gegeben worden, ihre Ermittlung der Rückstellung für Drohverluste zu erläutern. Da trotz der langen Sitzungsdauer nicht alle Fragen beantwortet werden konnten, sei beschlossen worden, die ausstehenden Fragen in einer weiteren RPA-Sitzung zu erörtern. Als Sitzungstermin sei der 06.06.2012 vereinbart worden. Ebenfalls wurde vereinbart, Fragen aus den Reihen der Fraktionen zur besseren Vorbereitung der Sitzung vorab an den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden, Herr Schulz, zu stellen.

Sodann weist Herr Sommer auf den vorliegenden Antrag der BG-Fraktion hin und gibt Herrn Marche Gelegenheit, diesen Antrag näher zu erläutern. Herr Marche führt aus, dass der Antrag eigentlich das bereits vereinbarte Verfahren beinhalte. Die Antragstellung sei lediglich zur Verdeutlichung erfolgt, da es

Abweichungen von den in der Rechnungsprüfungsausschusssitzung erfolgten Vereinbarungen gegeben habe. Aufgrund dieser Aussage und dem Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag auf öffentliche Behandlung des Tagesordnungspunktes 16 erübrigt sich eine Abstimmung über den Antrag der BG-Fraktion.

An der Diskussion beteiligen sich Frau Jasperneite-Bröckelmann sowie die Herren Prahl, Schulz und Sommer. Herr Prahl bittet darum, den in der Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 13.10.2008 erwähnten Antrag der CDU-Fraktion zum Schuldenportfolio-Management ins Internet einzustellen.

**4. Haushalt 2012**  
**Abschluss des Anzeigeverfahrens und Genehmigung zur geplanten Verringerung der allgemeinen Rücklage**  
155/2012

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußern sich Herr Sommer, Frau Jasperneite-Bröckelmann sowie die Herren Bresser, Schulz, Bruns und Prahl. Frau Jasperneite-Bröckelmann weist auf Ziffer 3 der Nebenbestimmung zur Genehmigung hin und bittet darum, die darin für den 30.06. und 30.09.2012 vorgesehenen Aufstellungen über die bis dahin eintretenden Entwicklungen dem Haupt- und Finanzausschuss zeitnah zur Kenntnis zu geben. Dies wird von Herrn Sommer zugesagt.

**5. Standort der Städtischen Gesamtschule**  
143/2012

Herr Sommer informiert darüber, dass sich die Fachausschüsse hinsichtlich des Standortes der Städtischen Gesamtschule für die Alternative 3 ausgesprochen haben. Er weist darauf hin, dass der Eindruck entstanden sei, als könne ein Umzug der Gesamtschule bereits zum Jahr 2014 erfolgen. Dies sei aufgrund der notwendigen Verfahrensschritte nicht vor 2015 möglich.

Bei der anschließenden Diskussion bittet Herr Köhler darum, für die zukünftige Planung den Wunsch der Anlieger zu berücksichtigen, dass die Anfahrt über die Pappelallee erfolgen solle, sowie den südlichen Teil des Theodor-Heuss-Parkes unangetastet zu lassen.

Herr Bruns führt aus, dass die Fraktion Die Linke bereits für die Sitzung des Schul- und Kulturausschusses einen Antrag gestellt habe, über den dort nicht abgestimmt worden sei, und wiederholt diesen. Er beantragt, die Alternative 3 um folgenden Passus zu ergänzen:

*Der Neubau für die Städtische Gesamtschule stellt mit seinem Raumprogramm mindestens die 5-Zügigkeit in der Sekundarstufe I sicher und wird so konzipiert, dass eine spätere Erweiterung möglichst problemlos möglich ist.*

Frau Pfeffer führt aus, dass über den Antrag der Fraktion Die Linke im Schul- und Kulturausschuss sowohl formell als auch inhaltlich beraten wurde.

Zur Standortfrage der Städtischen Gesamtschule äußern sich auch Frau Jasperneite-Bröckelmann, Herr Marche, Frau Dr. Jonas-Ahrend und Herr

Börskens.

Nach Ende der Aussprache lässt Herr Sommer über den Antrag der Fraktion Die Linke abstimmen. Der Antrag wird bei 1 Ja-Stimme mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt unter Bezugnahme auf die Vorlage, dem Rat zu empfehlen:

In Abweichung der Ratsbeschlüsse vom 28.09.2009 und 22.03.2010 wird

1. die Gesamtschule unter Nutzung des Gebäudes der Pestalozzischule an der „Ulmenstraße“ ihren neuen Standort haben. Die zusätzlich erforderlichen Räume für die Gesamtschule werden in Teilen der südlich angrenzenden Freiflächen errichtet.
2. Die Pestalozzischule wird in das frei werdende Gebäude der Wilhelmsschule verlegt.
3. Die beiden Realschulen verbleiben am Standort „Dusternweg“.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Standort „Dusternweg“ die Planung bzw. den Bau einer Mensa zu realisieren.
5. Ergänzende Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses:
  - 5.1 Die Verwaltung wird beauftragt - parallel zu den Bauleitplanverfahren - einen Architektenwettbewerb für den Standort Ulmenstraße durchzuführen.
  - 5.2 161. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Lippstadt für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 289 „Gesamtschule“:  
hier: a) Änderungsbeschluss  
Für den in der Anlage 3 dargestellten Bereich wird die 161. Änderung des Flächennutzungsplanes durchgeführt  
b) Beschluss zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung  
Die frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB ist als intensive Bürgerbeteiligung gem. der Richtlinie des Rates durchzuführen.  
c) Beschluss zur Beteiligung der Behörden  
Die Beteiligung der Behörden ist gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.  
d) Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
Der Entwurf der 161. Änderung des Flächennutzungsplanes soll gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt werden.
  - 5.3 Bebauungsplan der Stadt Lippstadt Nr. 289 „Gesamtschule“:  
hier: a) Aufstellungsbeschluss  
Für den in der Anlage 3 dargestellten Bereich wird der Bebauungsplan Nr. 289 „Gesamtschule“ aufgestellt.  
b) Beschluss zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung  
Die frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1

BauGB ist als intensive Bürgerbeteiligung gem. der Richtlinie des Rates durchzuführen.

- c) Beschluss zur Beteiligung der Behörden  
Die Beteiligung der Behörden ist gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.
- d) Beschluss zur öffentlichen Auslegung  
Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 289 „Gesamt-schule“ soll gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt werden.

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 2 Gegenstimmen

## 6. **Ersatzschulförderung**

**hier: Antrag des Schulträgers der Marienschule auf Gewährung eines erhöhten Zuschusses für die Unterhaltung des Gymnasiums**

141/2012

Unter Bezug auf die Vorlage beschließt der Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat zu empfehlen:

- "1. Der Träger der Marienschule erhält für das Jahr 2011 - über den bereits gezahlten Abschlag von 46.000 € hinaus - einmalig einen erhöhten Zuschuss in Höhe von zusätzlich 70.965,55 €

Im Falle einer Anerkennung bzw. einer nachträglichen Anerkennung von nicht ausgeschöpften Kostenpauschalen in den Jahren 2009 – 2011 durch die Bezirksregierung Arnsberg erfolgt eine rückwirkende Neufestsetzung des Zuschusses auf der Berechnungsbasis der Ratsbeschlüsse vom 26.03.2001 und 25.02.2008. Überzahlte Zuschüsse in Folge einer verminderten Eigenleistung des Schulträgers sind an die Stadt Lippstadt zu erstatten.

2. Für das Haushaltsjahr 2012 erhält der Schulträger der Marienschule einen Zuschuss in Höhe von vorläufig 80.000 €

Im Falle einer Anerkennung von nicht ausgeschöpften Kostenpauschalen für das Jahr 2012 durch die Bezirksregierung Arnsberg erfolgt eine rückwirkende Neufestsetzung des Zuschusses auf der Berechnungsbasis der Ratsbeschlüsse vom 26.03.2001 und 25.02.2008. Überzahlte Zuschüsse in Folge einer verminderten Eigenleistung des Schulträgers sind an die Stadt Lippstadt zu erstatten."

Einstimmig zugestimmt

## 7. **Zuschuss an den Schulverein Schloss Overhagen e. V.**

**hier: Endgültige Festsetzung des Zuschusses für die Haushaltsjahre 2009 und 2010; vorläufige Festsetzung für das Haushaltsjahr 2012**

145/2012

Unter Bezugnahme auf die Vorlage beschließt der Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat zu empfehlen:

- "1. Der Zuschuss an den Schulverein Schloss Overhagen e. V. zur Abdeckung des Defizits wird im Haushaltsjahr 2012 wie folgt festgesetzt:

Überzahlung aus der endgültigen Abrechnung für das Haushaltsjahr 2009	- 295,05 €
Überzahlung aus der endgültigen Abrechnung für das Haushaltsjahr 2010	- 160,50 €
Vorläufiger Zuschuss entsprechend dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012	227.190,00 €
<b>Zuschuss an den Schulverein Schloss Overhagen e. V. im Haushaltsjahr 2012</b>	<b>226.734,45 €</b>

2. Dem weitergehenden Antrag des Schulvereins Schloss Overhagen e. V. auf Erhöhung des Zuschusses für das Jahr 2012 um den bei der Zuschussberechnung in Abzug gebrachten Betrag der freiwilligen Elternspenden wird nicht entsprochen."

Einstimmig zugestimmt bei 2 Enthaltungen

**8. Berichterstattung zur Videoüberwachung im Bereich Bahnhofstunnel**  
**Anfrage der Fraktion Christdemokraten Lippstadt vom 04.05.2012**  
160/2012

Herr Sommer führt aus, dass die vorgeschlagene Videoüberwachung des Bahnhofstunnels bisher nicht aus finanziellen, sondern aus organisatorischen Gründen noch nicht umgesetzt worden sei. Der Bahnhofstunnel befinde sich komplett im Eigentum der Bahn. Der Weg durch den Tunnel sei aber als öffentlicher Weg gewidmet. Die Zuständigkeit für eine Videoüberwachung liege daher bei der Bahn. Der zuständige Bahnstationsmanager habe bereits signalisiert, dass er eine Videoüberwachung grundsätzlich positiv beurteile.

In den Gesprächen habe die Bahn auch signalisiert, in der nächsten Zeit verschiedene Verbesserungsmaßnahmen am Bahnhofsgebäude durchführen zu wollen. In diesem Zusammenhang solle dann auch die Videoüberwachungsanlage installiert werden, wobei in Aussicht gestellt wurde, nicht nur den Bahnhofstunnel, sondern auch den Bahnhofsvorplatz in die Überwachung einzubeziehen.

Frau Jasperneite-Bröckelmann beurteilt es positiv, dass nun Bewegung in das Thema komme. Herr Schulz begrüßt die Maßnahmen ebenfalls, regt aber an, aus dem politischen Raum ein deutliches Stimmungsbild abzugeben, dass die geplante Videoüberwachung unterstützt werde. Herr Sommer weist darauf hin, dass Herr Elliger in den Gesprächen mit der Bahn klar herausgestellt habe, dass das Vorhaben eine deutliche Forderung von Rat und Bürgermeister sei.

Herr Bruns betrachtet eine Videoüberwachung grundsätzlich als kritisch. Die Ankündigung, Verbesserungsmaßnahmen am Bahnhof durchführen zu wollen, sei aber ausgesprochen positiv. Er äußert die Vermutung, dass ein besseres Erscheinungsbild den Vandalismus einschränke und durch die Videoüberwachung der höhere Standard ggf. geschützt werden könne.

Auf eine entsprechende Frage von Herrn Marche informiert Herr Sommer

darüber, dass die Auswertung der Videoaufzeichnungen ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der für die Bahnanlagen verantwortlichen Bundespolizei falle. Auch sei die Speicherung der Daten lediglich für einen bestimmten Zeitraum klar geregelt.

Herr Prahl stellt heraus, dass die Verbesserung des Sicherheitsgefühles im Bahnhofsbereich schon seit einigen Jahren Thema sei. Nach seiner Einschätzung sei die nun in Aussicht stehende Videoüberwachung ein guter Kompromiss, wobei er anmerkt, dass einer kontinuierlichen persönlichen Kontrolle der Vorrang zu geben wäre.

Herr Sommer macht deutlich, dass eine solche permanente Überwachung durch Kontrollpersonal schwierig zu bewerkstelligen sei. Herr Prahl lobt in diesem Zusammenhang die Arbeit der Stadtwacht und spricht sich dafür aus, die vermehrten Kontrollen auch zukünftig fortzusetzen.

**9. Anlegung eines Kinderspielplatzes im Neubaugebiet Sträters Kamp in Bad Waldliesborn**

**hier: Überplanmäßige Mittelbereitstellung**

150/2012

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußern sich Herr Sommer, Frau Jasperneite-Bröckelmann sowie Herr Horstmann und Herr Schulz. Frau Jasperneite-Bröckelmann und Herr Schulz mahnen die Realisierung der im Bebauungsplan ausgewiesenen Wegeverbindung an. Hierzu führt Herr Horstmann aus, dass hierfür noch Absprachen mit einem Grundstückseigentümer notwendig seien, dass der Spielplatz aber in jedem Fall über Wohnstraßen/-wege sicher zu erreichen sei.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Bezug auf die Vorlage und beschließt, dem Rat zu empfehlen:

Die erforderlichen Haushaltsmittel für die Anlegung des Kinderspielplatzes im Neubaugebiet Sträters Kamp in Höhe von 65.000 € werden überplanmäßig bereitgestellt.

Die Deckung erfolgt insgesamt durch eine im Erschließungsvertrag vereinbarte Zahlung der Passgang & Großvollmer GbR in gleicher Höhe.

Einstimmig zugestimmt

**10. Übersicht der bei der Stadt Lippstadt anhängigen Klageverfahren**

118/2012

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußern sich die Herren Sommer, Schulz, Marche und Prahl. Die Ausschussmitglieder nehmen in Inhalt der Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**11. Wortfestival in Lippstadt**

142/2012

Unter Bezugnahme auf die Vorlage beschließt der Haupt- und Finanzausschuss, dem Rat zu empfehlen:



1. Der Durchführung eines 11. Wortfestivals in Lippstadt einschließlich der Vergabe des Thomas-Valentin-Literaturpreises im Haushaltsjahr 2013 wird unter dem Vorbehalt der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 25.600,-- € für das Wortfestival und 6.900,-- € für den Thomas-Valentin-Literaturpreis zugestimmt. Zur Finanzierung sind Einnahmen durch Sponsorgelder und den Verkauf von Eintrittskarten in Höhe von 20.400,-- € anzustreben.
2. Der Städt. Kunst- und Vortragsring wird hiermit ermächtigt, entsprechende Verhandlungen zu führen und im o. g. Rahmen Verträge unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung abzuschließen.

Einstimmig zugestimmt

**12. Mitgliedschaft der Stadt Lippstadt im Landesverband der Volkshochschule**

140/2012

Unter Bezugnahme auf die Vorlage wird vom Haupt- und Finanzausschuss beschlossen, dem Rat zu empfehlen:

Der Rat benennt für die Mitgliedschaft im Landesverband der Volkshochschule folgende Personen:

Anstelle des ehemaligen Fachbereichsleiters Herrn Franz-Josef Brenke die VHS-Leiterin Frau Frauke Mönkeberg;

Anstelle des ehemaligen stellvertretenden Fachbereichsleiters Herrn Josef Wittrock den Fachdienstleiter Kultur und Weiterbildung Herrn Wolfgang Streblov.

Einstimmig zugestimmt

**13. Fragen der Ausschussmitglieder/Berichte der Verwaltung**

Es liegen weder Fragen der Ratsmitglieder noch Berichte der Verwaltung vor.

Ende des öffentlichen Teils um 19:15 Uhr

---

gez. Sommer  
Vorsitzender

---

gez. Rubart  
Schriftführerin